

Politiker und Bürger stecken zunehmend in einer Beziehungskrise – Das hat Auswirkungen auf die **Wahlbeteiligung**

Die Angst vor der gähnenden Leere

VON
MARGIT HUFNAGEL

Es war mal wieder so ein Reflex. Ein Reflex, der mehr Ausdruck von Hilflosigkeit denn der Stärke ist. 50 Euro Strafe hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete nach der Europawahl für alle Nichtwähler gefordert und gar eine Wahlpflicht in die Diskussion gebracht. Erzwungene Demokratie könnte man das nennen, doch hinter dem Vorstoß steht eine der wichtigsten Fragen, die sich vor der Bundestagswahl stellt: Warum gehen immer weniger Menschen wählen? Und wer ist dieser größer werdende Kreis, der sein Mitspracherecht so brach liegen lässt? Schließlich sind es gerade allgemeine, freie, unmittelbare, gleiche und geheime Wahlen, die den Unterschied zwischen demokratischen und autoritären Systemen begründen.

In den 70er Jahren lag die Wahlbeteiligung gerade aus diesem Bewusstsein heraus noch bei heute schier unvorstellbaren 90 Prozent. „Die Teilnahme bei Wahlen wurde von der großen Bevölkerungsmehrheit als staatsbürgerliche Pflicht begriffen“, meint Politikwissenschaftler Rainer-Olaf Schultze („Wählerverhalten im Zeichen strukturierter Vielfalt“). Der Wahlakt selbst habe unangefochten als die bedeutsamste Form politischer Partizipation gegolten. Seitdem geht es mit der Bürgerbeteiligung kontinuierlich bergab, die Beziehung zwischen Bürger und Politiker scheint gestört. Zwar bewegt sich die deutsche Wahlbeteiligung im internationalen Vergleich noch auf hohem Niveau, doch das Schreckgespenst der leeren Wahlurnen geht um.

„Man darf natürlich nicht vergessen, dass die ‚Willy-Wahl‘ von 1972 eine ganz besondere war“, warnt der Mannheimer Politikwissenschaftler Thorsten Faas vor schwierigen „Früher-war-alles-besser-Vergleichen“ – und mahnt zur Vorsicht: Alle Prognosen könnten im Moment nur ein aktuelles Stimmungsbild liefern, das hätte aber wenig mit der Realität am 27. September zu tun. „Bundestagswahlen waren und sind durch eine hohe Wahlbeteiligung gekennzeichnet, gerade auch im Vergleich zu Wahlen in anderen Ländern – das wird auch dieses Mal nicht anders sein.“

Die Parteien könnten das beruhigen, aber was derzeit von den Demoskopen abgefragt wird, klingt erstmal nach chronischer Wahlmüdigkeit. Emnid etwa kommt zu dem Ergebnis, dass am 27. September elf Prozent der Deutschen „auf keinen Fall“ ihre Stimme abgeben, 27 Prozent sich noch nicht entschieden haben und nur 59 Prozent sicher zur Wahlurne gehen. Bei einzelnen Gruppen, etwa Jungwählern, liegt die Beteiligung inzwischen sogar bei unter 40 Prozent. Die Initiative ProDialog prognostiziert, dass immerhin 71 Prozent ihrer Umfrage-Teilnehmer „ganz sicher“ zur Abstimmung gehen. 71 Prozent – die Furcht vor einem Negativ-Rekord ist auch mit dieser Marke nicht unbe-



Warten auf die Wähler: Umfragen deuten darauf hin, dass im September nochmal weniger Menschen zur Wahl gehen als dies schon bei der vergangenen Bundestagswahl der Fall war. BILD: DPA

gründet: Bei der Bundestagswahl 2005 gingen noch 77,1 Prozent der Berechtigten zur Wahl – und schon damit war ein historischer Tiefstand erreicht.

Parteien und Politikern gelingt es offenbar nicht, die Menschen zur Stimmabgabe zu bewegen. In Zeiten, in denen beide großen Parteien aus der Regierung heraus Wähler mobilisieren sollen, dürfte das noch schwieriger werden. Doch wer sind diese Nicht-Wähler überhaupt? „Eines ist

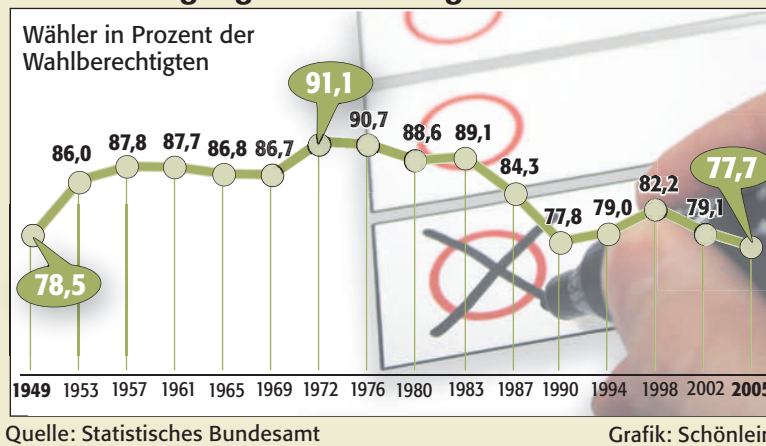


„Eines ist klar: Eine ‚Partei der Nichtwähler‘ gibt es nicht.“

Thorsten Faas,
Politikwissenschaftler aus
Mannheim

klar: Eine ‚Partei der Nichtwähler‘, von der an Wahlabenden so gerne gesprochen wird, gibt es nicht“, betont Politikwissenschaftler Thorsten Faas. Doch es gebe bestimmte Muster: Grundsätzlich bestätigt sich, dass Wähler, die jünger und weniger gebildet sind und die über ein geringes Einkommen verfügen, sich öfter unsicher äußern, ob sie wählen gehen sollen. „Auch für Arbeitslose etwa zeigen sich niedrigere Wahlbeteiligungsraten – für sie sind andere Dinge, nämlich das Bestreiten des Alltags, wichtiger als distante Dinge wie Politik oder Wahlen“, sagt Thorsten Faas. Das Klischee ist also nicht unbedingt Klischee: Die

Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen seit 1949



meisten Nichtwähler interessieren sich offenbar schlicht wenig für Politik. Nichtwählen ist mehr ein Zeichen von Desinteresse denn von Protest. Vielleicht aber ist auch schon das Desinteresse der Protest an sich – denn es bedeutet: Ich finde keine Partei, die mich überzeugen kann.

Darauf deutet hin, dass überraschenderweise die Verunsicherung mittlerweile auch in der Altersgruppe 45 plus sowie bei Befragten mit mittleren und hohem Bildungsabschluss und Einkommen angekommen ist. „Die Neigung zum Nichtwählen erfasst zusehends die Mitte der Gesellschaft“, betont Kerstin Plehwe, Vorsit-

zende von ProDialog. Also gerade die „Mitte“, die das eigentliche Ziel der Wahlkämpfe der großen Parteien ist. Die hat zunehmend das Gefühl, „die da oben“ machen eh was sie wollen und der Bürger kann mit seiner Stimme ohnehin nichts bewirken – politische Ohnmacht schlägt in Verweigerungshaltung um. Die Menschen hätten nicht das Gefühl, mitwirken zu können, warnt Kerstin Plehwe. „Das Vertrauen in die Politik ist erschüttert – ich sage nur: gebrochene Wahlversprechen.“ Dass die Mehrwertsteuer nach der Wahl doch erhöht werde, vergisst der Wähler nicht. „Die Menschen haben ein besseres Gedächtnis als das

die Parteien wünschen.

Die so genannte bürgerliche Mitte erwarte, dass die „Regenten“ ihre Aufgaben erfüllen, die Probleme lösen, kommentiert der renommierte Parteienforscher Franz Walter das Phänomen Wahlverweigerung. „Da dies nicht hinreichend geschieht, kündigt man die Loyalität stillschweigend auf.“ Man habe genug von „kühnen Versprechen, dröhnenden Ruck-Reden“, reagiere misstrauisch „wenn ih-



„Die Neigung zum Nichtwählen erfasst zusehends die Mitte der Gesellschaft.“

Kerstin Plehwe,
Vorsitzende von ProDialog

nen Ökonomieprofessoren, Politiker oder Wirtschaftsführer mit Begriffen wie ‚Agenda‘, ‚Synergie‘ oder ‚Cluster-optimierung‘ kommen.“

Politiker, wie Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, die diese Sehnsüchte erfüllen, werden mit treuen Anhängerschaften belohnt. Aber auch Parteien, die klare Linien vertreten: Sowohl die Öko-Partei der Grünen als auch die gegen Staatshilfen wetternden Liberalen konnten zumindest bei der Europawahl Wähler für sich gewinnen. Zwischen CDU und SPD haben sich nicht zuletzt durch vier Jahre Große Koalition die Konturen verwischt. „Zwei Drittel unserer Be-

Die Wähler

Nicht nur die Zahl der Nichtwähler nimmt zu, auch andere Gruppen machen es Parteien und Wahlforschern schwer, eine Prognose für den Wahlausgang abzugeben:

► Die Zahl der **Wechselwähler** wächst. 28 Prozent der Wähler gaben 2005 ihre Stimme nicht derselben Partei wie 2002. 29 Prozent entschieden sich erst spät für eine Partei, 24,4 Prozent splitelten ihre Stimmen.

► Wachstum erfahren auch die **Protestwähler** – vor allem dann, wenn die Stimmen für „die Linke“ in dieses Spektrum eingerechnet werden. Aber auch extremistische Parteien erhalten vor allem von jungen männlichen Ostdeutschen Stimmen.

► **Stimmverluste** erfahren folglich die Volksparteien. Die SPD erzielte 2005 eines ihrer schlechtesten Ergebnisse, die Große Koalition konnte sich nur auf 69,4 Prozent der Wählerstimmen stützen (1966: 86,9 Prozent).

► Durch die Pluralisierung der deutschen Parteienlandschaft ist die „Alleinherrschaft“ einer Partei zunehmend unwahrscheinlich. Das Fünf-Parteien-System zwingt die Gruppierungen zu **Koalitionen**. Um Optionen nicht vorzeitig aus der Hand zu geben, werden Präferenzen lange offen gehalten.

fragten sagten, dass es immer schwieriger wird, sich für eine Partei zu entscheiden“, sagt Kerstin Plehwe. „Die politischen Milieus der Parteien scheinen sich weiterhin rasant aufzulösen.“

Die schwächelnde Wählerschaft ist demnach eng verknüpft mit einer anderen Entwicklung – der sinkenden Bindung an Großorganisationen im Allgemeinen und an Parteien im Besonderen. Ein Schicksal, das Politik etwa mit Kirchen und Gewerkschaften teilen. „Gegen diese gesellschaftlichen Trends anzukämpfen, erscheint kaum möglich“, sagt Thorsten Faas. Die Zeit der großen Mitgliederparteien sei vorbei. Wer Gewerkschafter ist, wählt rot, wer katholisch erzogen ist, macht sein Kreuzchen bei den „C“-Parteien – darauf dürfen sich Wahlkämpfer kaum mehr verlassen.

Was also tun? Die Menschen wollen stärker einbezogen werden, meint Kerstin Plehwe. US-Präsident Barack Obama habe dies auf seinem Weg ins Weiße Haus fast schon meisterlich geschafft. Von seinen Ideen könnten auch deutsche Parteien lernen. Sie zu kopieren sei hingegen schwierig. „Wer einen Obama-Wahlkampf machen will, der braucht erst mal einen Obama – und den sehe ich im Moment bei keiner Partei.“



Können Sie die sinkende Wahlbeteiligung verstehen? Stimmen Sie ab unter www.suedkurier.de/umfrage